



## Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Ruedi Schläfli und Daniel Gander  
**Freiburger Unternehmen gehen ins Exil**

QA 3111.13

### I. Anfrage

Die Presse hat verkündet, dass zwei wichtige Unternehmen (Zumwald SA und Boschung-Gruppe) den Kanton Freiburg verlassen werden, um sich auf Waadtländer Boden niederzulassen. Als Grund wird von den Firmen der Mangel an verfügbaren Grundstücken angeführt! Der Kanton Freiburg mit seinem Bevölkerungswachstum (+2.2 %) braucht bebaubare Grundstücke, um lokale und auswärtige Unternehmen unterzubringen und ihnen vorteilhafte Rahmenbedingungen zu bieten. Die KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft! Der Staatsrat erklärt, dass es keinen Grund gäbe, diesen Wegzügen nachzutruern, da die Unternehmen in der Region blieben (Quelle: La Liberté vom 25.01.2013). Diese Worte schrecken uns auf und veranlassen uns zu folgenden Fragen:

1. Ist der Kanton Freiburg noch attraktiv genug für lokale und auswärtige KMU?
2. Was haben der Kanton und die Wirtschaftsförderung (WIF) unternommen, um diese Standortverlegungen zu verhindern?
3. Reichen die bebaubaren Grundstücke auf dem Kantonsgebiet aus für Unternehmen, die sich niederlassen oder sich weiterentwickeln möchten?
4. Wurden Freiburger Gemeinden im Broyebezirk vom Kanton, von der Wirtschaftsförderung oder den Unternehmen selber kontaktiert?
5. Wie viele Steuern fallen durch den Wegzug dieser Unternehmen weg?
6. Wie steht es mit den Arbeitsplatzverlusten und den wirtschaftlichen Auswirkungen?
7. Gibt es noch Platz in unserem Kanton für Unternehmen, die nicht im Bereich der «Greentech» oder der Spitzentechnologie tätig sind, sowie für Unternehmen, die grosse Flächen benötigen?

29. Januar 2013

## II. Antwort des Staatsrats

1. Ist der Kanton Freiburg noch attraktiv genug für lokale und auswärtige KMU?

Der Staatsrat hat sich zum Ziel gesetzt, die Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten, mit denen der Kanton für die niedergelassenen oder an einer Niederlassung interessierten Unternehmen attraktiv bleibt. Die Verfügbarkeit eines ausreichenden Angebots an Industrieflächen gehört zu diesen Rahmenbedingungen genauso wie die Steuerpolitik oder die Innovationsförderung. In all diesen Bereichen werden Anstrengungen gemacht, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons aufrechtzuerhalten und wenn möglich gar zu steigern.

2. Was haben der Kanton und die Wirtschaftsförderung (WIF) unternommen, um diese Standortverlegungen zu verhindern?

Die beiden Fälle traten zwar in einem Zeitraum von wenigen Wochen auf, ihr Kontext ist aber sehr unterschiedlich.

**Zumwald SA:** Die Firma stand im Frühjahr 2012 mehrmals in Kontakt mit der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg (WIF). Die WIF hat aktiv nach Lösungen für eine Niederlassung dieses Unternehmens gesucht, das jedoch sehr hohe geografische Anforderungen stellte, denn es wollte sich ausschliesslich im Grossraum Freiburg niederlassen. Man musste sich jedoch der Tatsache stellen, dass in diesem Raum kein 20 000m<sup>2</sup> grosses Gelände zur Verfügung stand. Den anderen Vorschlägen (z.B. Rossens) zog das Unternehmen schliesslich einen Standort an einer Verkehrsachse vor, die seiner Meinung nach dem Geschäft mehr Vorteile bietet. Falls jedoch ein Gelände verfügbar gewesen wäre, ist davon auszugehen, dass die Firma im Grossraum Freiburg geblieben wäre.

**Boschung SA:** Der Zusammenzug der Firma Boschung auf dem Gelände des Aéroport in Payerne gründet hauptsächlich im besonderen Interesse dieses Unternehmens für diesen besonderen Standort, der für Aktivitäten im Bereich der Luftfahrt bestimmt ist und so einen idealen Rahmen für das Wachstum der Firma bietet, deren Produktpalette zu einem grossen Teil für den Betriebsflächenunterhalt auf Flughäfen bestimmt ist. Die WIF wurde in diese Entscheidung nicht einbezogen.

3. Reichen die bebaubaren Grundstücke auf dem Kantonsgebiet aus für Unternehmen, die sich niederlassen oder sich weiterentwickeln möchten?

Einleitend weist der Staatsrat darauf hin, dass er selbstverständlich das Ziel hat, attraktive Rahmenbedingungen für die im Kanton niedergelassenen und für die an einer Niederlassung interessierten Unternehmen zu bieten. So gelang es ihm, die Schaffung mehrerer Standorte zu veranlassen, die den effektiven Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen, und zwar namentlich die Arbeitszonen Birch in Düdingen und Bertigny in Villars-sur-Glâne. Der Staatsrat weist auch darauf hin, dass er sich am Erwerb des Geländes der ehemaligen Cardinal-Brauerei und eines Grundstücks an der Route des Arsenaux in Freiburg beteiligt hat, um die Niederlassung von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen. Die Güterzusammenlegungen im Rahmen des Baus der H189 in Bulle haben zu freien Grundstücken geführt, die im Besitz des Staats sind und der Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden können. In Koordination mit der Gemeinde hat der Kanton auch

bei der Bereitstellung der nötigen Grundstücke für die Niederlassung der Firma Nespresso in Romont mitgewirkt. Ausserdem hat die Volkswirtschaftsdirektion grosse Anstrengungen gemacht, um die Firma Bumotec SA bei der Suche nach einem neuen Standort zu unterstützen, an dem sie ihre Tätigkeit ausbauen kann.

Der Staatsrat hat ferner mehrere Studien zur Planung der aktiven Bodenpolitik durchgeführt, dies namentlich im Rahmen der neuen Regionalpolitik und in Zusammenarbeit mit der RUBD. In allen strategischen Sektoren sind Arbeiten im Gange.

Die strategischen Sektoren müssen den Bedürfnissen von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung entsprechen. Die Tätigkeit des Kantons im Bereich der Raumplanung konzentriert sich folglich auf die Planung der Gebiete von kantonaler Bedeutung. Für die Arbeitszonen von lokaler Bedeutung sind die Gemeinden zuständig. In diesem Bereich muss der Kanton bei der Prüfung der Eingaben der Gemeinden die Vorschriften des Bundes bezüglich der Dimensionierung der Arbeitszonen beachten. Diese Vorschriften haben einen direkten Einfluss auf die Einzonierungen.

Der Kanton Freiburg muss heute seine Arbeitszonen sehr sorgfältig einsetzen, denn die Standorte, die sich am besten für Unternehmen mit hoher Wertschöpfung eignen, sind rar. Darum muss versucht werden, auf die Bedürfnisse von Unternehmen mit einer kleinen oder mittleren Zahl von Mitarbeitenden, aber einem grossen Platzbedarf die richtige Antwort zu finden. Der Staatsrat hat auch einen Lenkungsausschuss geschaffen, der die Aufgabe hat, alle Fragen zu den Fördermechanismen der aktiven Bodenpolitik zu prüfen, die die Finanzierung von Industriegeländen durch öffentliche Körperschaften begünstigen.

Der Staat arbeitet intensiv an der Bereitstellung neuer Zonen. Verschiedene Studien laufen zurzeit zu den strategischen Sektoren, die im kantonalen Richtplan definiert sind, damit qualitativ hochstehende Grundstücke innerhalb annehmbarer Fristen zur Verfügung gestellt werden können.

4. Wurden Freiburger Gemeinden im Broyebezirk vom Kanton, von der Wirtschaftsförderung oder den Unternehmen selber kontaktiert?

Bei der Firma Zumwald hatte sich die Wirtschaftsförderung bei der Suche nach Grundstücken im Kanton Freiburg stark beteiligt. Diese Suche beschränkte sich jedoch auf Grundstücke in der Umgebung der Stadt Freiburg, die den Kriterien der Firma entsprachen. Die Firma hat danach selbst die Gemeinde in der Region Broye kontaktiert. Der Volkswirtschaftsdirektor und der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor waren ebenfalls daran beteiligt und haben an mehrere Sitzungen teilgenommen, um für die Firma Zumwald SA einen geeigneten Standort zu finden.

Bei der Firma Boschung SA war die Wirtschaftsförderung nicht am Entscheidungsprozess des Unternehmens beteiligt. Dieses hat zu keinem Zeitpunkt seine Absichten bekannt gegeben oder die WIF für eine Suche nach Grundstücken im Kanton Freiburg kontaktiert. Der Volkswirtschaftsdirektor wurde von einem der Eigentümer des Unternehmens über den Entscheid am Vortag der Medienkonferenz informiert, an der verkündet wurde, dass sich die Firma in Payerne niederlassen werde.

5. Wie viele Steuern fallen durch den Wegzug dieser Unternehmen weg?

Aufgrund des Schutzes der Steuerdaten kann der Staatsrat diese Frage nicht beantworten.

6. Wie steht es mit den Arbeitsplatzverlusten und den wirtschaftlichen Auswirkungen?

Es ist kein bedeutender Arbeitsplatzverlust durch diese Standortverlegungen zu beklagen, da die Unternehmen voraussichtlich alle ihre Mitarbeitenden behalten werden, egal ob diese auf Freiburger Boden wohnen oder nicht.

Im Fall der Zumwald SA ist zu erwähnen, dass die aktuellen Standorte in Villars-sur-Glâne und Givisiez beibehalten werden. Gewisse Arbeitsplätze bleiben folglich im Kanton erhalten.

7. Gibt es noch Platz in unserem Kanton für Unternehmen, die nicht im Bereich der «Greentech» oder der Spitzentechnologie tätig sind, sowie für Unternehmen, die grosse Flächen benötigen?

Wäre in der Agglomeration Freiburg ein Gelände für die Firma Zumwald nach ihren Wünschen zur Verfügung gestanden, hätte sie auf die Unterstützung der Behörden zählen können, um ihr Gebäude zu errichten. Sie hätte insbesondere auch von der Koordination der Verfahren (Erschliessung, Baubewilligung) profitiert, die für die Realisierung ihres Vorhabens nötig sind. Es ist deshalb falsch zu behaupten, der Kanton interessiere sich nur für Unternehmen mit hoher Wertschöpfung.

Die Wirtschaftspolitik unseres Kantons ist aber seit einigen Jahren auf ein vorrangiges Ziel ausgerichtet: Die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens, das noch immer das tiefste der Schweiz ist. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn eine aktive Politik zugunsten von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung betrieben wird.

26. Februar 2013